

UMSTEUERN FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT!

UNGLEICHHEIT

REICHTUM BESTEUERN!



OXFAM
Deutschland

Die multiplen Krisen unserer Zeit haben verheerende Konsequenzen für die Mehrheit der Menschheit. Hunderte Millionen Menschen sehen sich mit einem dramatischen Anstieg der Kosten für Güter des täglichen Bedarfs konfrontiert und sind von Armut und Hunger bedroht. Und während die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen noch immer viel Leid verursachen, zerstört die Klimakrise die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen.

Gleichzeitig bringen die Krisen auch einige wenige Gewinner*innen hervor. Konzerne machen Rekordgewinne und die reichsten Menschen werden noch reicher, was zu einer Explosion der sozialen Ungleichheit führt, die immer extremere Ausmaße annimmt. Soziale Ungleichheit ist eine existenzielle Bedrohung für unsere Gesellschaften. Sie verstärkt die Armut, untergräbt die Demokratie, vertieft geschlechtsspezifische und rassistische Benachteiligungen und trägt maßgeblich dazu bei, dass die Klimakrise sich zur Klimakatastrophe ausweitet.

Die tieferen Ursachen dieser sich verschärfenden Ungleichheit liegen in unserem Wirtschaftssystem, dessen handlungsleitendes Prinzip es ist, Profite für Konzerne und ihre Eigentümer*innen vor die konsequente Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Erde zu stellen. Die multiplen Krisen verstärken dieses Prinzip tendenziell und die meisten Regierungen ergreifen seit Langem und auch jetzt keine wirkungsvollen Maßnahmen, um mit ihm zu brechen. Viele Regierungsentscheidungen haben eine Verschärfung der Ungleichheit sogar begünstigt. So wurden beispielsweise Steuern für reiche Privatpersonen und Unternehmen immer weiter gesenkt oder zugelassen, dass die Billionensummen, die zur Krisenbewältigung in die Volkswirtschaften gepumpt wurden, zu einem großen Teil den Reichsten zugutekamen.

Die Regierungen sind in der Verantwortung, die extreme Ungleichheit zu beseitigen und die Weichen hin zu einem Wirtschaftssystem zu stellen, in dem das Gemeinwohl aller über dem Profit einiger Weniger steht. Wie Oxfam in früheren Veröffentlichungen dargelegt hat, ist hierfür ein breites Spektrum an politischen Maßnahmen erforderlich.¹ Ein zentraler Baustein ist die Besteuerung der reichsten Bevölkerungsteile, insbesondere des reichsten Prozents, das 45,6 Prozent des weltweiten Vermögens besitzt.² Sie ist ein entscheidender Schritt, um extreme Ungleichheit in den Griff zu bekommen und Regierungen den finanziellen Spielraum zu geben, um für alle Menschen zugängliche Gesundheits-, Bildungs- und soziale Sicherungssysteme zu schaffen und in Geschlechtergerechtigkeit und antirassistisches Handeln zu investieren.

UNRISD FLAGSHIP REPORT 2022
„Die aktuellen extremen Ungleichheiten, Umweltzerstörung und generelle Krisenanfälligkeiten sind kein Fehler im System, sondern ein essenzieller Bestandteil davon. Nur ein groß angelegter Systemwandel kann diese verheerende Situation lösen.“

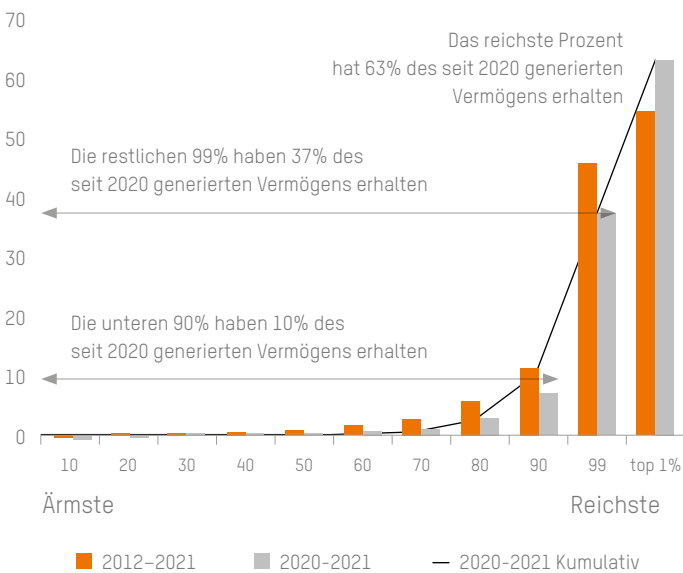
UNRISD FLAGSHIP REPORT (2022), eigene Übersetzung

Die Explosion der Ungleichheit

STEIGENDER WOHLSTAND FÜR WENIGE

Die Krisen unserer Zeit haben einem winzigen Teil der Menschheit enormen neuen Reichtum beschert. Schon in den letzten zehn Jahren hat das reichste Prozent der Menschheit mehr als die Hälfte des gesamten neu erwirtschafteten globalen Vermögens erhalten, seit 2020 sogar fast zwei Drittel.³

Abbildung 1: Anteil am neu erwirtschafteten Vermögen



Quelle: Oxfam-Berechnung auf der Grundlage des Global Wealth Report der Credit Suisse.⁴

Die Entwicklung in den letzten zehn Jahren:

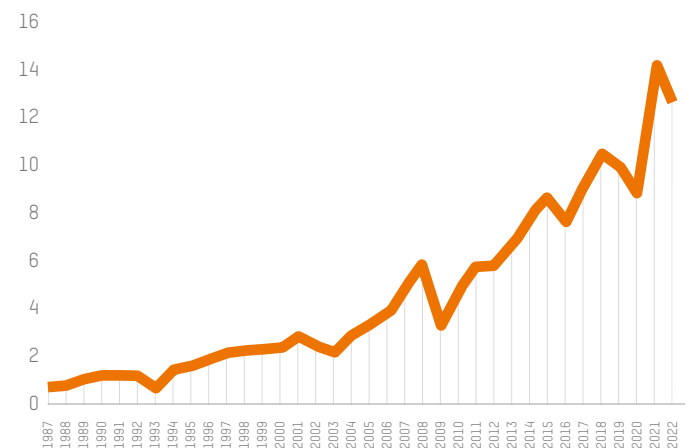
- Von je 100 US-Dollar, die an Vermögen erwirtschaftet wurden, gingen 54,40 US-Dollar an das reichste Prozent und nur 0,70 US-Dollar an die ärmsten 50 Prozent.⁵
- Milliardär*innen haben ihr Vermögen verdoppelt – der Vermögenszuwachs ist fast sechsmal so hoch wie bei den ärmsten 50 Prozent zusammengekommen.⁶

Zwischen 2020 und 2021 ist die Ungleichheit noch schneller gewachsen und hat sich weiter verschärft:

- 26 Billionen US-Dollar (63 Prozent) des gesamten neuen Vermögens hat sich das reichste Prozent angeeignet, während 16 Billionen US-Dollar (37 Prozent) an die restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung gingen.⁷
- Für jeden seit 2020 neu erwirtschafteten US-Dollar an Vermögen, den jemand aus den unteren 90 Prozent gewonnen hat, hat ein*e Milliardär*in 1,7 Millionen US-Dollar erhalten.⁸

Obwohl das Gesamtvermögen der Milliardär*innen im vergangenen Jahr im Vergleich zum Höchststand im Jahr 2021 leicht gesunken ist, ist es immer noch um Billionen US-Dollar größer als vor der Corona-Pandemie. Zudem ist ihr Vermögen in den letzten Monaten wieder gestiegen.⁹

Abbildung 2: Zunahme des Gesamtvermögens von Milliardär*innen 1987–2022 in Milliarden US-Dollar (real)



Quelle: Forbes World's Billionaires Liste.¹⁰

Insgesamt besitzt das reichste Prozent der Weltbevölkerung 45,6 Prozent des weltweiten Vermögens und die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur 0,75 Prozent.¹¹

Diese Vermögenskonzentration wurde durch die Krisenpolitik der Regierungen verschärft. Sie taten mit ihren Unterstützungsmaßnahmen zwar prinzipiell das Richtige, indem sie öffentliche Gelder in die Wirtschaft investiert haben, um ihre Bevölkerungen zu unterstützen. In Ermangelung einer progressiven Besteuerung haben sie allerdings auch zugelassen, dass dem Anstieg von Vermögenswerten wie Aktien oder Immobilien nichts entgegengesetzt wurde und die reichsten Menschen noch reicher wurden.

Einige der größten Konzerne der Welt und ihre reichen Aktionär*innen profitieren direkt von den sich überschneidenden Krisen. Einige Beispiele: Zwar war die Entwicklung von Impfstoffen unbestritten ein Meilenstein in der Bekämpfung der Corona-Pandemie, doch einige wenige Pharmakonzerne haben die Krise mit überhöhten Preisen für COVID-19-Impfstoffe ausgenutzt und damit Rekordgewinne erzielt, während wirtschaftlich benachteiligte Länder von der Versorgung ausgeschlossen und ihre Bevölkerungen lange Zeit völlig ungeschützt blieben. Hätten sich die Konzerne und die Regierungen der wirtschaftlich privilegierten Länder dafür eingesetzt, dass die Impfstoffe gerechter verteilt werden, wären in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen weitaus weniger Menschen gestorben.¹²

Auch die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise bringen neue Profiteure hervor. Mit Hilfe ihrer Marktmacht nutzen viele Unternehmen die gestiegenen externen Kosten als Deckmantel, um ihre Gewinnspannen zu erhöhen, was die Inflation verschärft.¹³ Oxfam hat die Gewinne einiger der weltweit größten Lebensmittel- und Energieunternehmen untersucht und ein atemberaubendes Niveau an Übergewinnen (definiert als 10 Prozent über dem durchschnittlichen Nettogewinn 2018-2021) aufgedeckt. Die Analyse von 95 Unternehmen, die Übergewinne erzielten, zeigt:¹⁴

- Ihre Gewinne stiegen im Jahr 2022 um mehr als das Zweieinhalbfache (256 Prozent) im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2018-2021.
- Sie erzielten insgesamt 306 Milliarden US-Dollar an Übergewinnen.
- 2022 schütteten sie 257 Milliarden US-Dollar und damit 84 Prozent ihrer Übergewinne an ihre Aktionär*innen aus, während eine gesunde und ausreichende Ernährung und das Nutzen von Energie für viele Menschen zu einem oftmals unerschwinglichen Luxus geworden sind.

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den steigenden Gewinnen von Konzernen und dem wachsenden Vermögen von Milliardär*innen, denn die Hauptnutznießer*innen himmelhoher Unternehmensgewinne sind reiche Aktionär*innen und Eigentümer*innen von Unternehmen.

WACHSENDE ARMUT UND EINE NEUE HUNGERKRISE

Viele Konzerne florieren und die Vermögen reicher Menschen wachsen – gleichzeitig haben die jüngsten Krisen zu massiven Rückschlägen bei der Reduzierung von Armut und Hunger, zu Streichungen von Arbeitsplätzen, erheblichen Reallohnverlusten sowie zu einer Schuldenkrise geführt, die vor allem die Lebensgrundlagen und das Leben der ärmsten Menschen der Welt bedroht.

Zum ersten Mal seit 25 Jahren haben extremer Reichtum und extreme Armut gleichzeitig stark zugenommen.¹⁵ Im Jahr 2020 wurden über 70 Millionen Menschen zusätzlich in die extreme Armut gedrängt und müssen mit weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag auskommen.¹⁶ Das entspricht einem Anstieg von 11 Prozent.¹⁷ Nach einem kurzen langsamen Rückgang 2021 wird die Armut durch die Nahrungsmittel- und Energiepreiskrise nun wieder ansteigen. Denn die 2022 auf ein Allzeithoch getriebenen Preise treffen vor allem die Ärmsten der Welt, die etwa zwei Drittel ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen.¹⁸ Das UN-Entwicklungsprogramm schätzt, dass die steigende Inflation allein in den drei Monaten seit März 2022 71 Millionen Menschen in die Armut getrieben hat.¹⁹

Die Weltbank konstatiert, dass die Weltgemeinschaft das Ziel extreme Armut bis 2030 zu beseitigen nicht erreichen wird und wir stattdessen den wahrscheinlich größten Anstieg von Ungleichheit und den größten Rückschlag bei der Bekämpfung der weltweiten Armut seit dem Zweiten Weltkrieg erleben.²⁰ Laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) geht die menschliche Entwicklung in neun von zehn Ländern zurück.²¹

Auch der Hunger wächst. Schon vor dem sprunghaften Anstieg der Lebensmittelpreise im Jahr 2022 konnten sich fast 3,1 Milliarden Menschen keine gesunde und ausreichende Ernährung leisten, und ihre Zahl ist seitdem noch gestiegen.²² Die weltweiten Lebensmittelpreise sind 2022 im Vergleich zu 2021 um 18 Prozent und die Energiepreise um 59 Prozent gestiegen.²³ Bis zu 828 Millionen Menschen hungern.²⁴ Fast 60 Prozent der Menschen, die derzeit von Hunger bedroht sind, sind Frauen und Mädchen, da sie im Rahmen patriarchaler Strukturen besonders benachteiligt werden, das heißt unter anderem niedrigere Einkommen haben, sowie verstärkt in unsicheren Arbeitsverhältnissen arbeiten.²⁵

VERLUST VON ARBEITSPLÄTZEN UND LOHNKÜRZUNGEN TREFFEN FRAUEN BESONDERS HART

Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie Sparmaßnahmen von Regierungen sind insbesondere Mädchen, Frauen und nicht-binäre Personen betroffen.²⁶ So wurden im Jahr 2020 durch die Pandemie Betriebsschließungen und ein beispielloser weltweiter Konjunkturrückgang ausgelöst. Weltweit verloren 64 Millionen Frauen ihre Arbeitsplätze, wodurch ihnen mindestens 800 Milliarden US-Dollar Einkommen entgingen.²⁷ Verstärkt durch Schul- und Kitaschließungen sowie gestiegene Betreuungszeiten von Erkrankten, hat sich die unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit von Frauen viel stärker erhöht als die von Männern. Dabei haben Frauen bereits zuvor drei Viertel der weltweiten Care-Arbeit geleistet.²⁸ Dies trägt dazu bei, dass sie deutlich schlechter sozial abgesichert sind, seltener Anspruch auf eine Rente haben und weniger in wirtschaftlichen und politischen Führungspositionen vertreten sind. Laut dem Weltwirtschaftsforum dauert es nach aktuellem Trend noch 132 Jahre, bis weltweit Geschlechtergerechtigkeit erreicht ist – vor der Corona-Pandemie waren es bereits völlig inakzeptable 100 Jahre.²⁹

Die explodierenden Lebenshaltungskosten verschärfen diese Trends: Die steigende Inflation bedeutet für viele Arbeitnehmer*innen Reallohnkürzungen.³⁰ Eine von Oxfam durchgeführte Analyse zeigt, dass im Jahr 2022 für mindestens 1,7 Milliarden Arbeitnehmer*innen die Inflation das Lohnwachstum übersteigt, was die Ungleichheit und die Armut verschärfen wird.³¹ Eine andere Oxfam-Analyse, die sich auf Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stützt, zeigt, dass Arbeitnehmer*innen Reallohnverluste in Höhe von 337 Milliarden US-Dollar drohen.³² Frauen und rassifizierte – also potenziell mit Rassismuserfahrungen konfrontierte – Menschen sind am stärksten betroffen.³³

KÜRZUNGEN FÜR VIELE – ENTLASTUNGEN FÜR DIE REICHSTEN

Während der Corona-Pandemie waren viele wirtschaftlich benachteiligte Länder nicht in der Lage, für die bedürftigsten Gruppen ihrer Bevölkerung Unterstützung zu leisten. In Ländern mit hohem Einkommen wurden 579-mal mehr Mittel für Konjunkturmaßnahmen aufgewendet als in Ländern mit niedrigem Einkommen.³⁴ Weniger als 20 Prozent der 16 Billionen US-Dollar an

staatlichen Konjunktur- und Wiederaufbaumitteln, die bis Ende 2020 weltweit zur Verfügung standen, wurden in einkommensschwachen Ländern ausgegeben.³⁵

Die Folgen sind drastisch: So hat beispielsweise die Hälfte der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen während der Pandemie den Haushaltsanteil für Gesundheit gekürzt. Außerdem kürzte fast die Hälfte aller Länder die Ausgaben für soziale Sicherung und über zwei Drittel der Länder (70 Prozent) die Bildungsausgaben.³⁶

Bemerkenswert ist auch, dass sich reiche Volkswirtschaften im Jahr 2021 wieder erholten, wirtschaftlich benachteiligte Länder jedoch nicht – was höchstwahrscheinlich auch auf den ungleichen Zugang zu COVID-19-Impfungen zurückzuführen ist, da hohe Impfraten stark mit wirtschaftlichem Aufschwung korrelieren.³⁷ Es wird prognostiziert, dass ein Fünftel der einkommensschwachen Länder im Jahr 2023 noch immer ein niedrigeres Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) haben wird als im Jahr 2019.³⁸ Viele von ihnen befinden sich außerdem in einer zunehmend prekären Lage, weil ihre Verschuldung in die Höhe schießt. Steigende Zinsen und ein stärkerer US-Dollar treiben die Kosten für den Schuldendienst auf ein unhaltbares Niveau. Heute befinden sich ein Drittel der Schwellenländer und zwei Drittel der Länder mit niedrigem Einkommen in oder kurz vor einer kritischen Schuldensituation, sie ihre finanziellen Verpflichtungen also nicht mehr erfüllen können.³⁹ Einkommensschwache Länder haben 2021 durchschnittlich 27,5 Prozent des Staatshaushalts für die Rückzahlung von Schulden ausgegeben. Das ist viermal mehr als die Ausgaben für Gesundheitsversorgung und zwölfmal mehr als für soziale Sicherung.⁴⁰ Und die Aussichten sind düster. Laut Berechnungen von Oxfam planen drei Viertel der Regierungen in den nächsten fünf Jahren Ausgabenkürzungen, die sich insgesamt auf 7,8 Billionen US-Dollar belaufen.⁴¹ Frauen werden von diesen Sparmaßnahmen am stärksten betroffen sein, u.a. weil sie die Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Sektor stellen.⁴²

Die beschriebenen Herausforderungen zeigen eindeutig: Es ist vor allem in Krisenzeiten absolut notwendig, die öffentlichen Ausgaben, insbesondere für soziale Grunddienste, zu erhöhen, um Armut, Hunger, die Klimakrise und die Auswirkungen der Inflation zu bekämpfen und in gleiche gesellschaftliche Teilhabechancen für alle zu investieren. Doch zu viele Regierungen ziehen es vor, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen und andere Sparmaßnahmen durchzuführen, anstatt die Steuern für die Reichsten zu erhöhen.

Trotz des Drucks auf die Staatsfinanzen verzichteten 95 Prozent aller Länder (143 von 161) seit Ausbruch der Corona-Pandemie auf eine stärkere Besteuerung sehr reicher Menschen und großer Unternehmen, elf Länder haben sogar entsprechende Steuern gesenkt.⁴³

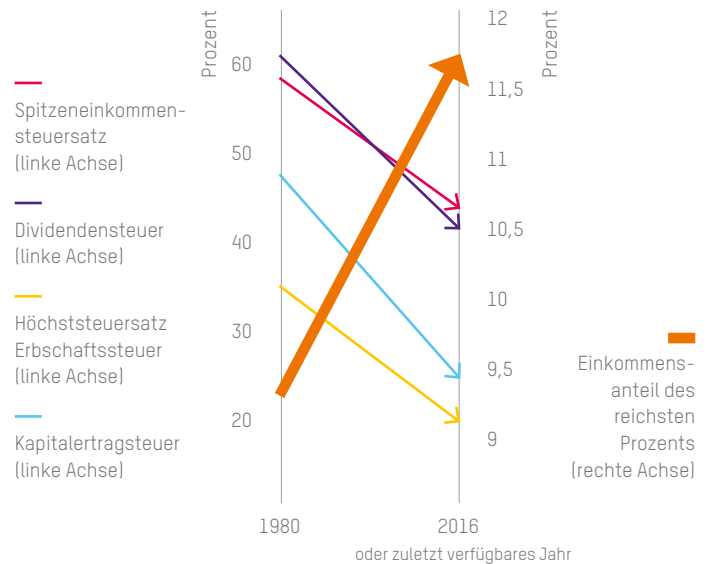
Progressive Steuerpolitik – ein zentrales Instrument gegen Ungleichheit

Die Steuerpolitik ist einer der wichtigsten Hebel, die Regierungen zur Verfügung stehen, um Ungleichheit zu verringern. Ab Mitte des letzten Jahrhunderts war eine hohe Besteuerung von reichen Bevölkerungsteilen die Regel und hat dazu beigetragen, gerechtere Gesellschaften zu schaffen und extreme soziale Ungleichheit zu verhindern. In den Jahrzehnten vor der Corona-Pandemie wurde eine solche progressive Besteuerung jedoch demontiert. Die wohlhabendsten Einzelpersonen und Unternehmen profitierten von Niedrigsteuerregelungen, während die Steuern für Milliarden von Bürger*innen stiegen.

DIE DEMONTAGE DER PROGRESSIVEN BESTEUERUNG ODER NIEDRIGE STEUERN FÜR DIE REICHEN ...

Der spektakuläre Anstieg von Einkommen und Vermögen an der Spitze ging seit Anfang der 1980er Jahre mit einer Senkung von Steuersätzen einher, von der hauptsächlich das reichste Prozent der Bevölkerung profitiert.

Abbildung 3: Reduzierung der Spitzen- und Unternehmenssteuersätze und Anstieg des Einkommens des reichsten Prozents in OECD-Ländern



Quelle: Oxfam-Berechnung auf der Grundlage von Daten des World Inequality Lab, des IWF, der OECD sowie von Scheve und Stasavage (2016).⁴⁴

Es gibt zwar Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, aber der allgemeine Trend zu niedrigeren Steuern für die reichsten Menschen ist in allen Regionen der Welt bemerkenswert ähnlich.

- Die Spitzensteuersätze auf Einkommen sind gesenkt und weniger progressiv geworden, wobei der durchschnittliche Steuersatz für die Reichsten in den OECD-Ländern von 58 Prozent im Jahr 1980 auf 42 Prozent in jüngerer Zeit gesunken ist. Betrachtet man die 100 Länder weltweit mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt, ist der Durchschnittssatz mit nur 31 Prozent sogar noch niedriger.⁴⁵
- Die Steuersätze auf Kapitalerträge – in den meisten Ländern die wichtigste Einkommensquelle für das reichste Prozent – liegen in mehr als 100 Ländern im Durchschnitt bei nur 18 Prozent. Nur drei Länder besteuern Kapitalerträge höher als Arbeitseinkommen.⁴⁶
- Auch die Steuern für Großunternehmen, die sich hauptsächlich im Besitz der reichsten Menschen und Familien befinden, wurden auf allen Kontinenten in ähnlicher Weise verringert.⁴⁷ Die Unternehmenssteuern sind von durchschnittlich 47,5 Prozent im Jahr 1980 auf heute 24,9 Prozent gesunken.⁴⁸

- Von jedem US-Dollar, den Staaten aus Steuern einnehmen, stammen nur vier Cent aus Steuern auf Vermögen.⁴⁹ Das Versäumnis, Vermögen zu besteuern, ist in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen am ausgeprägtesten.⁵⁰
- Zwei Drittel aller Länder haben keine Form der Erbschaftssteuer auf Vermögen, das an direkte Nachkommen weitergegeben wird.⁵¹ Die Hälfte der Milliardär*innen der Welt lebt heute in Ländern ohne eine solche Steuer, was bedeutet, dass 5 Billionen US-Dollar steuerfrei an die nächste Generation weitergegeben werden können. Das ist mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt des afrikanischen Kontinents.⁵²

Hinzu kommt, dass Superreiche eine ganze Reihe von Möglichkeiten haben, Steuerzahlungen zu vermeiden und sich so vor ihrem gerechten Beitrag zum Allgemeinwohl zu drücken. So liegen schätzungsweise 8 Prozent des weltweiten Finanzvermögens der privaten Haushalte in Steueroasen.⁵³ Leaks wie die Pandora Papers und die Panama Papers haben diese Offshore-Welt aufgedeckt, die es den reichsten Menschen ermöglicht, ihrer Verantwortung zu entgehen. Steueroasen werden schätzungsweise fast ausschließlich von den reichsten 0,01 Prozent der Welt genutzt, wodurch diese etwa ein Viertel ihrer Steuern auf Kosten der Gesellschaft vermeiden.⁵⁴

Seit mehreren Jahrzehnten herrscht in Politik und Wirtschaft die neoliberale Ansicht vor, dass Steuersenkungen für Superreiche und Großunternehmen „nach unten durchsickern“ und der Gesellschaft zugutekommen würden (sog. Trickle-down-Effekt). Die Explosion der Ungleichheit zeigt jedoch deutlich, wie fehlerhaft diese Theorie ist. Mittlerweile räumt sogar der Internationale Währungsfonds (IWF) ein, dass Steuersenkungen für Reiche keinen Nutzen für den Rest der Gesellschaft haben.⁵⁶

... BEZAHLT DURCH HÖHERE STEUERN FÜR ALLE ANDEREN

Die gesunkenen Steuersätze für Reiche und Unternehmen haben die Regierungen durch die Erhöhung regressiver Steuern auf Waren und Dienstleistungen, wie der Mehrwertsteuer, ausgeglichen. Diese Steuern treffen die ärmsten Menschen unverhältnismäßig stark, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für Güter des täglichen Bedarfs ausgeben.⁵⁷

Eine aktuelle Studie der Research School of International Taxation (RSIT) ergab, dass die Regierungen in 142 untersuchten Ländern für jedes Prozent an Steuersenkungen für Unternehmen die Verbrauchssteuern um 0,35 Prozent erhöhten.⁵⁸ Zwischen 1990 und 2017 hat sich die Zahl der Länder mit einer Mehrwertsteuer von 50 auf mehr als 150 verdreifacht, während die Zahl der Länder mit einer Netto-Vermögenssteuer um das Dreifache gesunken ist, nämlich von zwölf auf vier.⁵⁹

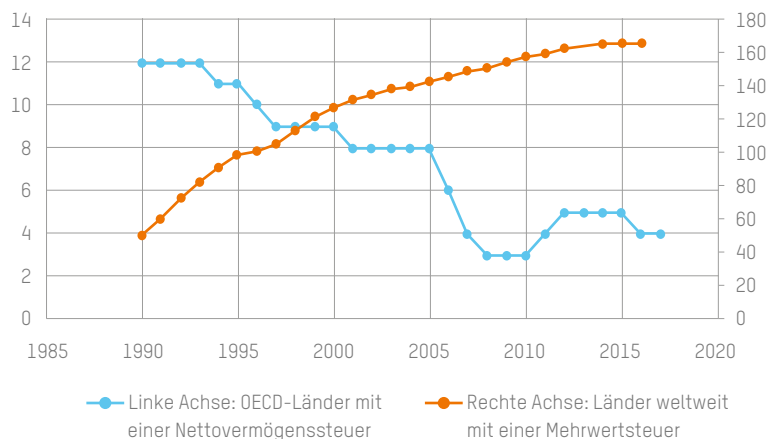


Foto: Oxfam in Uganda

↑ Aber Christine ist community mobilizer und setzt sich mit Oxfam in dem Projekt „Fiscal Justice for Women and Girls“ für lokale Budgets und eine gerechte Steuerpolitik ein, um die tief verwurzelten Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern anzugehen, mit denen Frauen und Mädchen konfrontiert sind.

Christine verkauft an ihrem Marktstand in Norduganda eine Mischung aus Hirsemehl, Reis und Soja, die Grundlagen für Porridge. In einem guten Monat macht sie einen Gewinn von umgerechnet ca. 80 US-Dollar, auf den sie rund 40 Prozent Abgaben zahlt, während einer der reichsten Männer der Welt, Jeff Bezos, weniger als 1 Prozent Steuern zahlt.⁵⁵

Abbildung 4: Der Anstieg der Mehrwertsteuer und der Rückgang der Netto-Vermögenssteuern, 1990-2017



Quelle: Oxfam-Berechnung auf der Grundlage von Daten der Weltbank und der OECD.⁶⁰

Krisen und Krisengewinne in Deutschland

Schon vor der Corona-Pandemie und den steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen hatte Deutschland eine der im Vergleich zu anderen EU- oder OECD-Ländern höchsten Ungleichheit der privaten Vermögen. Die reichsten zehn Prozent besitzen 67 Prozent des gesamten Privatvermögens, das reichste Prozent 35 Prozent und allein die reichsten 0,1 Prozent ca. 20 Prozent. Die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung besitzen mit nur 1,3 Prozent kein nennenswertes Vermögen, viele von ihnen haben kaum oder gar keine Rücklagen für schwere Zeiten oder sind sogar verschuldet.⁷⁶ Die Auswirkungen der multiplen Krisen treffen sie besonders hart: Die Inflation und historisch hohe Reallohnverluste⁷⁷ bringen immer mehr Menschen in eine finanzielle Not-situation. Der Sparkassenverband schätzt, dass bald bis zu 60 Prozent der deutschen Haushalte ihr monatliches Einkommen komplett für die Lebenshaltung einsetzen müssen, also nichts mehr zurücklegen können. 2021 noch traf dies „nur“ für 15 Prozent der Haushalte zu.⁷⁸ Das lässt befürchten, dass auch die Armut weiter zunehmen wird. Schon Ende 2021 hatte diese laut Paritätischem Wohlfahrtsverband einen Rekordwert erreicht: „Mit 16,6 Prozent mussten 2021 13,8 Millionen Menschen in Deutschland zu den Einkommensarmen gerechnet werden. Noch nie wurde auf der Datenbasis des Mikrozensus eine höhere Armutsquote für das Bundesgebiet gemessen. [...] Im Vergleich zur Erhebung 2019 weist die Erhebung 2021 eine um 0,7 Prozentpunkte höhere Armutsquote aus.“⁷⁹ Etwa zwei Millionen Menschen mussten 2022 die Tafeln in Anspruch nehmen, das sind ca. 50 Prozent mehr als im Vorjahr.⁸⁰

**Prof. Marcel Fratzscher,
Präsident des DIW Berlin**
„Die soziale Schere geht momentan weiter auf, und zwar noch stärker als in der Pandemie [...] Die rekordhohe Inflation zum Beispiel wirkt extrem unsozial, weil Menschen mit geringem Einkommen viel stärker darunter leiden.“

Quelle: Spiegel Online⁸³

Auch der Weg hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit wird durch die Krisen steinig. Der Anteil von Frauen am Vermögen nimmt nach oben hin sukzessive ab. In der Gruppe der Millionär*innen liegt der Frauenanteil bei lediglich etwa 31 Prozent.⁸¹ Insgesamt ist von einem *Gender Wealth Gap* zu Lasten der Frauen von etwa 30 Prozent bezogen auf das durchschnittliche Vermögen der Männer auszugehen.⁸² Infolge der Mehrbelastungen während der Corona-Pandemie, z.B. durch die (teilweise) Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen, sahen sich insbesondere viele Frauen gezwungen, ihre Erwerbstätigkeit (weiter) zu reduzieren oder aufzugeben, was die bestehenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen vergrößern dürfte.

Von dem gesamten neuen Vermögen, das zwischen 2020 und 2021 in Deutschland erwirtschaftet wurde, gingen 81 Prozent an das reichste Prozent, während die restlichen 99 Prozent nur 19 Prozent erhielten.

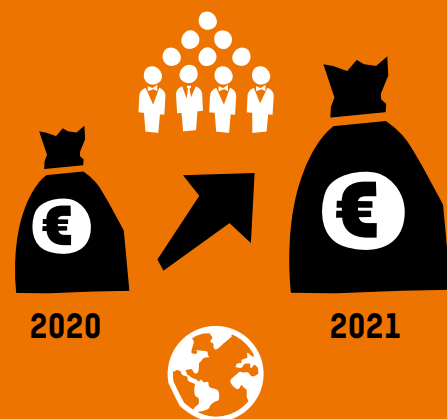
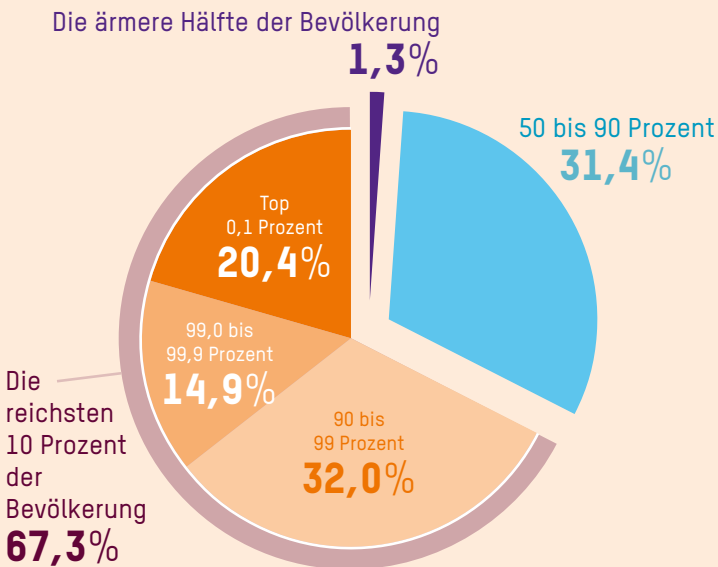


Abbildung 5:
Vermögensverteilung in Deutschland



Quelle: Zahlen und Originalgrafik aus Stefan Bach (2021)⁸⁴

Auch in Deutschland bringt die Krisensituation finanzielle Gewinner*innen hervor. So ist die Zahl der Milliardär*innen deutlich gestiegen, um ca. 6,4 Prozent auf mittlerweile rund 1,6 Millionen Menschen.⁸⁵ Oxfam hat berechnet, dass von dem gesamten neuen Vermögen, das zwischen 2020 und 2021 in Deutschland erwirtschaftet wurde, 81 Prozent an das reichste Prozent gingen, während die restlichen 99 Prozent nur 19 Prozent erhielten. Die 117 deutschen Milliardär*innen, von denen nur 30 Frauen sind, besitzen mittlerweile ein Gesamtvermögen im Wert von 528,4 Milliarden US-Dollar. Alleine die sechs reichsten Milliardär*innen besitzen mit 158,5 Milliarden US-Dollar mehr Vermögen als die rund 34 Millionen Menschen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung, die zusammen auf 154,25 Milliarden US-Dollar kommen.⁸⁶ Laut Statistischem Bundesamt (destatis) bestreiten mittlerweile über 800.000 Menschen, etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung, ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigenes Vermögen (inklusive Vermietung, Zinsen, Altenteil). Die Zahl der sogenannten Privatiers ist allein seit 2020 um fast 100.000 gestiegen und hat sich seit 2010 nahezu ver-

doppelt.⁸⁷ Auch die weiteren Aussichten sind für die Superreichen rosig. So wird geschätzt, dass die 40 Dax-Konzerne mit voraussichtlich 54,9 Milliarden Euro 2023 so viel ausschütten werden wie noch nie. Das wären 3,6 Milliarden Euro mehr als ein Jahr zuvor.⁸⁸

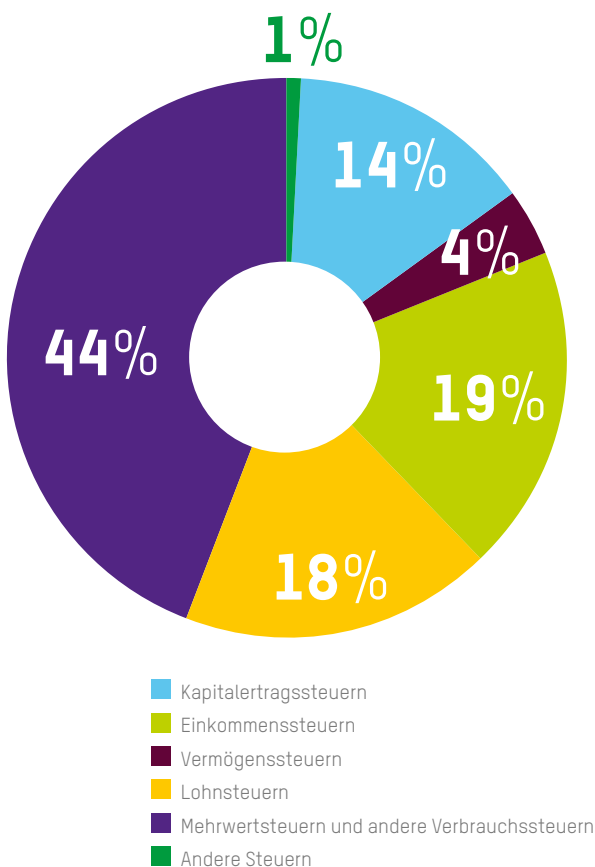
Die hier nur skizzenhaft beschriebenen Entwicklungen lassen befürchten, dass die jetzt schon extreme Vermögensungleichheit in Deutschland weiter zunehmen und unsere Demokratie einer immer härteren Zerreißprobe unterworfen wird. Um dies zu verhindern, muss die Politik entschieden gegensteuern. Eine der zentralen politischen Baustellen ist auch hierzulande die Steuerpolitik, die wieder deutlich progressiver ausgerichtet werden muss. Sie sollte insbesondere Vermögen in den Fokus nehmen, denn wie Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung feststellt: „Es gibt kaum ein Land auf der Welt, das Arbeit stärker und Vermögen – inklusive Erbschaften und Schenkungen – geringer besteuert als Deutschland.“⁸⁹ Daher sollte aus Oxfams Sicht die seit 1997 nicht mehr erhobene Vermögensteuer wieder eingeführt und ambitioniert ausgestaltet werden. Und auch verfassungswidrige Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer, die unter anderem dazu führen, dass 40 Prozent der Menschen, die über zehn Millionen Euro erben, gar keine Steuern darauf zahlen, müssen dringend beseitigt werden.⁹⁰

Viele Umfragen deuten darauf hin, dass eine stärkere Besteuerung von reichen Menschen im Sinne eines Großteils der Bevölkerung ist. So wünschen sich einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge 77 Prozent eine Vermögensteuer.⁹¹

Die Einführung von Verbrauchssteuern wie der Mehrwertsteuer, die tendenziell Ungleichheit verstärken, ist vor allem in den einkommensschwächsten Ländern zu beobachten. Dort hat insbesondere der IWF diese Steuern als ein Hauptinstrument zur Erzielung von Einnahmen gefördert.⁶¹

Heute werden rund 44 Prozent der gesamten Steuereinnahmen über Verbrauchssteuern erhoben, während die Steuern für Unternehmen nur etwa 14 Prozent und die Steuern auf Vermögen nur 4 Prozent ausmachen.⁶²

Abbildung 6:
Verteilung der Steuereinnahmen nach Steuerarten



Quelle: Oxfam-Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Daten, unter Berücksichtigung von 35 OECD-Ländern und 45 Nicht-OECD-Ländern⁶³

HÖHERE STEUERN FÜR REICHE HELFEN DER GESELLSCHAFT

Es gibt fünf Hauptgründe, warum es für jede Gesellschaft sinnvoll ist, reiche Bevölkerungsgruppen höher zu besteuern als ärmere und die Steuersätze im Verhältnis zu Einkommen und Vermögen steil ansteigen zu lassen.

1. Das Steuersystem spielt eine Schlüsselrolle bei der direkten Verringerung von Armut und Ungleichheit.

Eine progressive Besteuerung kann mit einer ambitionierten Ausgestaltung, d.h. z.B. einer sehr hohen Besteuerung des reichsten Prozents einer Gesellschaft, extreme Vermögensungleichheit tatsächlich verringern und die Zahl der Milliardär*innen reduzieren. Der IWF beispielsweise hat auf die wichtige Rolle hingewiesen, die Netto-Vermögenssteuern bei der Verringerung der Ungleichheit spielen können. Er schätzte kürzlich, dass in 21 reichen Ländern und drei Schwellenländern eine jährliche Netto-Vermögenssteuer von nur 1 Prozent den Vermögensanteil des reichsten Prozents über einen Zeitraum von 20 Jahren um ein bis 2,5 Prozentpunkte verringern und das in ihren Händen konzentrierte Vermögen um mehr als 10 Prozent reduzieren könnte.⁶⁴

Indem der Anteil des neuen Reichtums, der an die Spitze geht, verringert wird und stattdessen gleichmäßiger verteilt wird, wird das Tempo der Armutsbekämpfung erhöht. Aus diesem Grund hat die Weltbank erklärt, dass Ziele zur Beseitigung der Armut ohne konzertierte Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit nicht erreicht werden können.⁶⁵

2. Die Besteuerung großer Vermögen befördert Geschlechtergerechtigkeit und verringert rassistische Ungleichheiten.

Von den 1000 reichsten Milliardär*innen sind nur 124 Frauen und nur fünf der reichsten Milliardär*innen sind Schwarz.⁶⁶ In den USA sind 89,5 Prozent der Unternehmensaktien im Besitz *weißer* Familien, verglichen mit nur 1,1 Prozent im Besitz Schwarzer Familien.⁶⁷ Unverhältnismäßig niedrige Steuersätze auf Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge und Unternehmensgewinne bedeuten daher nicht nur eine Begünstigung von Reichen gegenüber Armen, sondern auch von Männern gegenüber Frauen und von *weißen* Menschen gegen-



Weiß: „Weiß“ beschreibt keine biologistische Kategorie oder Hautfarbe, sondern eine sozial privilegierte Position im Zusammenhang mit Rassismus. Um dies anzuzeigen, wird der Ausdruck kursiv geschrieben.

Schwarz: „Schwarz“ ist eine politische Selbstbezeichnung von Menschen mit afrikanischer oder afrodiasporischer Geschichte. Gemeint ist keine Hautfarbe oder biologistische Kategorie, sondern eine geteilte Lebensrealität aufgrund der Erfahrung von Rassismus. Um das deutlich zu machen, wird der Begriff immer groß geschrieben.

BIPOC: Der Begriff BIPOC ist eine widerständige Sammelbezeichnung für Menschen mit Rassismuserfahrung. Es ist die Abkürzung von Black, Indigenous and People of Color. Dies sind positiv besetzte, politische Selbstbezeichnungen rassistisch diskriminierter Menschen. Sie bezeichnen keine biologischen Kategorien oder Hautfarben, sondern soziale Positionen, die Rassismus schafft. Black beschreibt Menschen mit afrikanischer oder afrodiasporischer Geschichte. Indigenous steht für die Nachfahren der Menschen, die im Kontext des europäischen Kolonialismus, insbesondere in Amerika, kolonisiert wurden. People of Color ist eine selbst gewählte, solidarisierende Bezeichnung verschiedenster Menschen, die Rassismus erleben. Die Abkürzung BIPOC erkennt gemeinsame, aber auch gruppenspezifische Rassismuserfahrungen an und macht diese sichtbar.

über Black, Indigenous, and People of Color (BIPOC). Die Verlagerung von der Besteuerung von Reichtum hin zu Pauschalsteuern wie der Mehrwertsteuer, die unverhältnismäßig stark von den Ärmsten gezahlt werden – bei denen es sich wiederum mit größerer Wahrscheinlichkeit um Frauen und Angehörige rassifizierter Gruppen handelt – verschärft entsprechende Ungleichheiten weiter. Der IWF, der seit langem dafür kritisiert wird, dass seine Steuerempfehlungen für Länder mit niedrigem Einkommen Frauen benachteiligen,⁶⁸ hat in einem aktuellen Bericht eingeräumt, dass die geschlechtsspezifische Perspektive ein zusätzliches Argument für eine Erhöhung von Kapitalertragssteuern liefert, da eine niedrigere Besteuerung von Einkommen aus Kapitalerträgen Männern unverhältnismäßig stark zugutekommt.⁶⁹

3. Steuern für Reiche zu erhöhen ist ein Beitrag zu Klimagerechtigkeit.

Das Stockholmer Umweltinstitut und Oxfam berechneten 2020, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr Emissionen verursacht als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.⁷⁰ Im Jahr 2022 veröffentlichte Oxfam eine weitere Analyse, die zeigt, dass der CO₂-Fußabdruck eines*r Milliardär*in mehr als eine Million Mal größer ist als der eines Menschen aus den unteren 90 Prozent.⁷¹ Vermögenssteuern und andere Steuern auf Reichtum sind potenziell grüne Steuern, da sie ihren enormen, auf einem verschwenderischen

Lebensstil und Investitionen in emissionsintensive Unternehmen beruhenden Kohlenstoffverbrauch, reduzieren und die eingenommenen finanziellen Mittel in den Klimaschutz investiert werden können.

4. Eine progressive Besteuerung wirkt den sozialer Ungleichheit zugrunde liegenden Machtungleichgewichten entgegen.

Eine Reduzierung der Vermögenskonzentration kann den Einfluss superreicher Personen und Unternehmen auf Politik, Wirtschaft und Medien und korrupte Praktiken wie Klientelismus eindämmen.⁷² Übergewinnsteuern können die Monopolmacht von Unternehmen, einschließlich ihrer Preisgestaltungsmacht, einschränken und Inflation verringern. Und Erbschaftssteuern können eine Schlüsselrolle bei der Herstellung von Chancengleichheit spielen, indem sie die Entstehung von Erbschaftsgesellschaften verhindern, die laut Thomas Piketty „sowohl durch eine sehr hohe Vermögenskonzentration als auch durch eine erhebliche Persistenz großer Vermögen von Generation zu Generation gekennzeichnet [sind]“.⁷³

5. Die Besteuerung von Vermögen verschafft Regierungen Einnahmen, die sie zur Verringerung von Ungleichheit einsetzen können.

Dazu gehören beispielsweise Investitionen in kostenlose öffentliche Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme. Langfristig können Regierungen so gerechtere, nachhaltigere Gesellschaften aufbauen und einen sozial-ökologischen Wandel einleiten. So sprach sich beispielsweise der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank für höhere Steuern für Unternehmen und Reiche aus, um in die Erholung von der Krise zu investieren und Notfallmaßnahmen zu finanzieren.⁷⁴ Gemeinsam mit dem Institute for Policy Studies, den Patriotic Millionaires und der Fight Inequality Alliance hat Oxfam errechnet, dass eine Steuer von bis zu 5 Prozent auf das Vermögen der Multimillionär*innen und Milliardär*innen der Welt 1,7 Billionen US-Dollar pro Jahr einbringen könnte. Dies würde u.a. ausreichen, um zwei Milliarden Menschen über die erweiterte Armutsgrenze der Weltbank von 6,85 US-Dollar pro Tag zu heben und universelle Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung für alle Bürger*innen der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (3,6 Milliarden Menschen) bereitzustellen.⁷⁵

Oxfams Forderungen an die Bundesregierung

Regierungen auf der ganzen Welt müssen jetzt handeln, um in Zeiten multipler Krisen die grassierende Armut und Ungleichheit zu bekämpfen. Es gilt, reiche Bevölkerungsteile und Konzerne viel stärker in die gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen, damit sie ihren fairen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Dafür müssen sie deutlich höher besteuert und Steuerschlupflöcher konsequent geschlossen werden. Verschiedene sich ergänzende Arten von Einkommens- und Vermögenssteuern sind notwendig, um die extreme Ungleichheit einzudämmen. Zu ersetzen zählen Steuern auf Löhne, Dividenden und nicht realisierte Kapitalgewinne, zu letzteren Netto-Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern sowie Steuern auf Grund und Boden. Auch die Erhöhung von Unternehmenssteuern ist für die Schaffung progressiver Steuersysteme unerlässlich,⁹² umso mehr als in vielen Sektoren derzeit riesige Übergewinne anfallen.⁹³ Perspektivisch muss es das Ziel sein, durch einen entsprechenden, auf den jeweiligen Länderkontext angepassten Mix von Steuern Reichtum so stark zu besteuern, dass Ungleichheit tatsächlich abgebaut wird.

Die so generierten Einnahmen müssen in Bereiche investiert werden, die für die Reduzierung von Armut und Ungleichheit, zur Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit, zum Abbau von Rassismus und zur Bewältigung der Klimakrise hier und weltweit zentral sind. Darüber hinaus benötigen wir ambitionierte Vorgaben für Unternehmen, die die Weichen stellen hin zu einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die der Entstehung von extremer Ungleichheit von Anfang an entgegenwirkt.⁹⁴

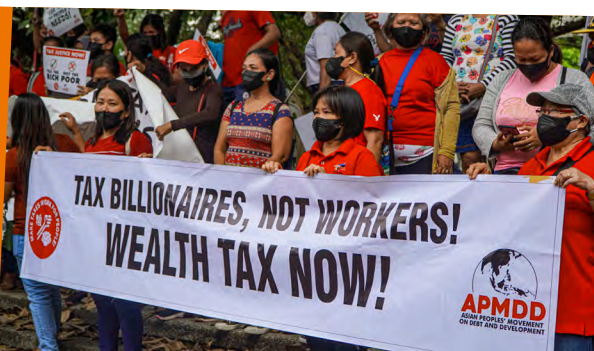
Die Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages sollten sich daher jetzt in Deutschland, Europa und weltweit für die folgende Gerechtigkeitsagenda einsetzen:

1. Steuergerechtigkeit schaffen

- Übergewinne konsequent besteuern:**
 Konzerne profitieren derzeit massiv von den steigenden Preisen, z.B. im Lebensmittel- und Energiesektor, und erzielen exorbitante Gewinne. Die so erzielten Gewinne sollten mit einer ehrgeizigen und branchenweiten Steuer mit Steuersätzen von mindestens 50 Prozent abgeschöpft werden. Laut einer jüngst vom Netzwerk Steuergerechtigkeit veröffentlichten Studie könnten mit einer ambitionierten Übergewinnsteuer in Deutschland Einnahmen in Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro erzielt werden.⁹⁶
- Die Vermögenssteuer wieder einführen:**
 Führende Institutionen, wie z.B. der IWF, empfehlen eine stärkere Besteuerung von hohem Vermögen. Auch in Deutschland sollte die Vermögenssteuer daher wieder erhoben werden. Mittelfristiges Ziel sollte eine dauerhafte Besteuerung des Nettovermögens des reichsten Prozents der Bevölkerung mit hohen Steuersätzen auf Milliarden- und Millionenvermögen sein, um die Vermögensungleichheit zu verringern.
- Die Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer beenden:**
 Menschen mit sehr hohem Vermögen werden noch immer bei der Erbschaftssteuer begünstigt. Sie profitieren z.B. von weitreichenden Ausnahmen bei der Weitergabe von hochprofitablen Familienunternehmen. Diese Praxis muss beendet werden!
- Eine einmalige Solidaritätsabgabe erheben:**
 In Krisenzeiten müssen insbesondere die vermögendsten Teile der Gesellschaft mehr zu ihrer Bewältigung beitragen. Daher sollte eine einmalige Solidaritätsabgabe auf Milliarden- und Millionenvermögen erhoben werden.

Sima Bahous,
 Exekutivdirektorin von UN Women:
„Die Gleichstellung der Geschlechter ist wie ein Wundermittel für Entwicklung und Fortschritt. Sie ist der stärkste Multiplikator für den Erfolg in allen Bereichen unserer Ziele. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Gleichstellung der Geschlechter und Stabilität, Resilienz, Armutsbekämpfung, Wachstum und sozialem Zusammenhalt.“

Quelle: <https://www.unwomen.org>⁹⁵



← Asian Peoples' Movement on Debt and Development. Bannertext Deutsch: „Besteuert Milliardär*innen, keine Arbeiter*innen! Vermögenssteuer jetzt!“

Foto: Alexi Rosenfeld/Shutterstock

2 In öffentliche soziale Grunddienste, Geschlechtergerechtigkeit und den Klimaschutz hier und weltweit investieren

- **Entwicklungsetat erhöhen, um Geschlechtergerechtigkeit sowie Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme zu stärken:**
Kürzungen im Bereich sozialer Grunddienste aufgrund von krisenbedingten Sparmaßnahmen führen dazu, dass Menschen in die Armut abrutschen, besonders häufig trifft es Frauen und Mädchen. Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, brauchen wir weltweit öffentliche Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme, die allen Menschen zugänglich sind und eine gute Ausbildung, Versorgung und Absicherung garantieren. Die Bundesregierung muss die in den kommenden Jahren geplanten Mittelkürzungen im Bundeshaushalt für die Unterstützung einkommensschwacher Länder revidieren und stattdessen die Entwicklungsleistungen konsequent erhöhen, insbesondere für Programme zur Stärkung von Frauenrechten und -organisationen, zentrale multilaterale Initiativen wie die Global Partnership for Education (GPE) und Education Cannot Wait (ECW) sowie den Aufbau von Impfstoffproduktionskapazitäten mit entsprechendem Wissenstransfer in wirtschaftlich benachteiligten Ländern, um so für Gesundheitskrisen vorzusorgen. Sie sollte sich zudem für die Gründung eines Globalen Fonds für soziale Sicherung mit einer substanziellen finanziellen Ausstattung einsetzen.
- **Privatisierungen rückgängig machen und verhindern, geistiges Eigentum als öffentliches Gut allen zur Verfügung stellen:**
Die Verlagerung staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge an profitorientierte Anbieter im Bereich sozialer Grunddienste, wie der Bildung und der Gesundheitsversorgung, muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Entsprechenden Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit sollte seitens der Bundesregierung eine klare Absage erteilt werden. Zudem muss im Bereich geistiger Eigentumsrechte das Allgemeinwohl über Profitinteressen stehen. Die Bundesregierung sollte sich daher im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) für eine unverzügliche Freigabe der geistigen Eigentumsrechte für COVID-19-Impfstoffe, -Medikamente und -Tests einsetzen, damit einkommensschwache Länder diese selbst produzieren können und sie damit weltweit zugänglich und erschwinglich sind.

- **Mittel zur Bewältigung der Klimakrise erhöhen:**
Ob Klimaschutz in Deutschland oder die Unterstützung einkommensschwacher Länder bei Klimaschutz, bei der Anpassung an die Klimakrise und zum Ausgleich unvermeidlicher Klimafolgeschäden („Loss and Damage“): Industrieländer wie Deutschland müssen in den kommenden Jahren ihre Mittel für Klimamaßnahmen weiter aufstocken. So gilt es, die deutschen Haushaltsmittel zur Unterstützung einkommensschwacher Länder im Kampf gegen die Klimakrise bis 2025 auf jährlich acht Milliarden Euro zu steigern und den bei der letzten UN-Klimakonferenz beschlossenen Entschädigungsfonds für vom Klimawandel betroffene vulnerable Länder zukünftig finanziell angemessen auszustatten.

3 Eine gerechte Wirtschaft schaffen

- **Sozial-ökologische Investitionen sicherstellen und Gewinnausschüttungen begrenzen:**
Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, zur Umsetzung ihrer ökologischen und menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten konkrete Strategien zu veröffentlichen, in denen sie die entsprechenden Investitionsbedarfe benennen. Diese Investitionen müssen Vorrang haben vor Gewinnausschüttungen. Ausschüttungen sollten verboten werden, wenn sie höher als der Jahresüberschuss sind oder ein Unternehmen staatliche Hilfen, wie zum Beispiel Kurzarbeit, in Anspruch genommen hat.
- **Unternehmen an das Gemeinwohl binden:**
Die Geschäftsführung jedes Unternehmens sollte verpflichtet werden, die Unternehmensziele und Erfolgs- und Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators) innerhalb der planetaren Grenzen und unter Beachtung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht festzulegen und umzusetzen. Zur Durchsetzung sollten behördliche Sanktionsmechanismen und eine zivilrechtliche Haftung der Geschäftsführung verankert werden.
- **Vielfältige Interessensrepräsentation in Leitungsgremien sicherstellen:**
Unternehmen sollten verpflichtet werden, sowohl öffentliche Interessen als auch Interessen wichtiger Stakeholdergruppen, wie Belegschaft, Lieferanten, lokale Gemeinschaften oder Produzenten in den Lieferketten, wirksam in die Bestimmung des Unternehmensinteresses und in die Unternehmensführung einzubringen. Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen muss konsequent gestärkt werden.

QUELLEN

- 1 Siehe beispielsweise Oxfam Deutschland [2022]: Gewaltige Ungleichheit. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_gewaltige_ungleichheit.pdf; Oxfam Deutschland, The European Environmental Bureau (2021): Towards a wellbeing economy that serves people and nature. <https://www.oxfam.de/system/files/documents/coc-wellbeing-economy-report-full-version-english.pdf>
- 2 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.7. www.oxfam.de/Umsteuern
- 3 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.0.
- 4 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.0.
- 5 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.2.
- 6 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.1.
- 7 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.5.
- 8 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.4.
- 9 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.14.
- 10 Dolan, K.A. and Peterson-Withorn, C (eds). [2022]. *Forbes World's Billionaires List: The Richest in 2022*. <https://www.forbes.com/billionaires/>.
- 11 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.7.
- 12 Nature [2022]: COVID vaccine hoarding might have cost more than a million lives. <https://www.nature.com/articles/d41586-022-03529-3>
- 13 Siehe hierzu englischer Originalbericht Oxfam [2022]: Survival of the richest, Seite 18.
- 14 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 2.1.
- 15 Während extremer Reichtum seit vielen Jahren zunimmt, war die extreme Armut kontinuierlich zurückgegangen. Dies änderte sich mit der Coronapandemie, die den ersten weltweiten Anstieg der extremen Armut seit über zwei Jahrzehnten markierte. Weltbank [2022]: Poverty and Shared Prosperity 2022. Correcting Course. <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/37739/9781464818936.pdf>
- 16 Die Weltbank verwendet verschiedene Armutsgrenzen. Diese wurden kürzlich überarbeitet, um den steigenden Preisen Rechnung zu tragen. Die Grenze für extreme Armut, die vorher bei 1,90 US-Dollar lag, liegt jetzt bei 2,15 US-Dollar pro Tag.
- 17 World Bank [2022]: Poverty and Shared Prosperity 2022. Correcting Course.
- 18 World Bank [2022]: Poverty and Shared Prosperity 2022. Correcting Course.
- 19 United Nations Conference on Trade and Development [2022]: Global cost-of-living crisis catalyzed by war in Ukraine sending tens of millions into poverty, warns UN Development Programme. <https://www.undp.org/press-releases/global-cost-living-crisis-catalyzed-war-ukraine-sending-tens-millions-poverty-warns-un-development-programme>
- 20 World Bank [2022]: Poverty and Shared Prosperity 2022. Correcting Course.
- 21 United Nations Conference on Trade and Development [2022]: Human Development Report 2021–2022. <https://hdr.undp.org/content/human-development-report-2021-22>
- 22 FAO, IFAD, UNICEF, WFP, WHO [2022]: The State of Food Security and Nutrition in the World 2022. Repurposing food and agricultural policies to make healthy diets more affordable. <https://doi.org/10.4060/cc0639en>
- 23 World Bank [2022]: *Commodity Markets Outlook. Pandemic, war, recession: Drivers of aluminium and copper prices*. <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/38160/CMO-October-2022.pdf>
- 24 FAO, IFAD, UNICEF, WFP, WHO [2022]: The State of Food Security and Nutrition in the World 2022. Repurposing food and agricultural policies to make healthy diets more affordable.
- 25 World Food Program USA [2022]: Women are Hungrier infographic. <https://www.wfpusa.org/women-are-hungrier-infographic/>
- 26 Nicht-binär ist eine Bezeichnung für Geschlechtsidentitäten, die sich außerhalb der binären Einteilung befinden. Personen, die sich weder als Mann noch als Frau verstehen, erleben weltweit nach wie vor Diskriminierungen in allen Lebensbereichen. So auch bei der Datenerhebung. Statistisch gesehen werden bisher alle nicht-binäre Personen einfach der Kategorie Frau zugezählt. Oxfam [2022]: The Assault of Austerity. How prevailing economic policy choices are a form of gender-based violence. <https://www.oxfam.org/en/research/assault-austerity>
- 27 Oxfam [2021]: The Hunger Virus Multiplies: Deadly Recipe of Conflict, COVID-19 and Climate Accelerate World Hunger. <https://www.oxfam.org/en/research/hunger-virus-how-covid-19-fuelling-hunger-hungry-world>
- 28 UN Women [2020]: Whose Time to Care: Unpaid care and domestic work during COVID-19. <https://data.unwomen.org/publications/whose-time-care-unpaid-care-anddomestic-work-during-covid-19>; Oxfam [2020]: Care in the Time of Coronavirus: Why care work needs to be at the centre of a post-COVID-19 feminist future. <https://www.oxfam.org/en/research/care-time-coronavirus>
- 29 World Economic Forum [2022]: Global Gender Gap Report 2022. https://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2022.pdf
- 30 International Labour Organization [2022]: ILO Monitor on the world of work. Tenth edition. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/briefingnote/wcms_859255.pdf
- 31 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.15.
- 32 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.16.
- 33 CNBC [2022]: Cost-of-living crisis to hit women hardest, report says. <https://www.cnbc.com/2022/07/13/cost-of-living-crisis-to-hit-women-hardest-report-says.html>
- 34 Development Finance International, Oxfam [2022]: The Commitment To Reducing Inequality Index 2022. <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621419/rr-cri-2022-111022-en.pdf;jsessionid=A8CF4CB9C55C56CF-3D4A61AA68707871?sequence=25>
- 35 United Nations, Inter-agency Task Force on Financing for Development [2021]: Financing for Sustainable Development Report 2021. <https://www.un.org/en/desa/financing-sustainable-development-report>
- 36 Development Finance International, Oxfam [2022]: The Commitment To Reducing Inequality Index 2022.
- 37 UNDP Data Futures Platform [2022]: Impact of vaccine inequity on economic recovery. <https://data.undp.org/vaccine-equity-archive/impact-of-vaccine-inequity-on-economic-recovery-2022/>
- 38 United Nations, Inter-agency Task Force on Financing for Development [2022]: Financing for Sustainable Development Report 2022. <https://development-finance.un.org/fsdr2022>
- 39 K. Georgieva [2022]: CGD Talks. Compounded Crises Call for Decisive Action. Transcript. <https://www.imf.org/en/News/Articles/2022/09/14/tr091322-cgd-transcript>
- 40 Oxfam [2022]: *620 must tackle the "cost of profit" crisis causing chaos worldwide*. Press release. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/g20-must-tackle-cost-profit-crisis-causing-chaos-worldwide#:~:text=In%202021%2C%20on%20average%2C%20poor,%20C%20are%2071%25%20loans>
- 41 Development Finance International, Oxfam [2022]: The Commitment To Reducing Inequality Index 2022.
- 42 D. Abed, F. Kelleher [2022]: The Assault of Austerity: How prevailing economic policy choices are a form of gender-based violence.
- 43 Development Finance International, Oxfam [2022]: The Commitment To Reducing Inequality Index 2022.
- 44 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.1.
- 45 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.2.
- 46 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.12.
- 47 P.H. Egger, N. Sergej, N.M. Strecker [2019]: The Taxing Deed of Globalization. *American Economic Review* 2019. <https://pubs.aeaweb.org/doi/pdf-plus/10.1257/aer.20160600>
- 48 International Monetary Fund [2021]: A Fair Shot. *Fiscal Monitor* April 2021.
- 49 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.4.2.
- 50 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.23.
- 51 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.15.
- 52 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.14.
- 53 A. Alstadsæter, N. Johannesen, G. Zucman [2018]: *Who owns the wealth in tax havens? Macro evidence and implications for global inequality*. *Journal of Public Economics*. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2018.01.008>
- 54 A. Alstadsæter, N. Johannesen, G. Zucman [2019]: *Tax Evasion and Inequality*. *American Economic Review*. <https://gabriel-zucman.eu/files/AJZ2019.pdf>
- 55 ProPublica [2021]: The Secret IRS Files. *Trove of Never-Before-Seen Records Reveal How the Wealthiest Avoid Income Tax*. <https://www.propublica.org/article/the-secret-irs-files-trove-of-never-before-seen-records-reveal-how-the-wealthiest-avoid-income-tax>
- 56 International Monetary Fund [2015]: *Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective*. <https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2016/12/31/Causes-and-Consequences-of-Income-Inequality-A-Global-Perspective-42986>
- 57 J. Blasco, E. Guillaud, M. Zemmour [2021]: *La TVA réduit-elle l'efficacité des systèmes socio-fiscaux de redistribution?* <https://sciencespo.hal.science/view/index/identifiant/hal-03384746>
- 58 G.U. Thuncke [2022]: *Are consumers paying the bill? How international tax competition affects consumption taxation*. <https://www.rsit.uni-tuebingen.de/app/download/12209158997/RSITWP-03-22.pdf?t=1669377207>
- 59 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.3.
- 60 Ebd.
- 61 B. Reinsberg, T. Stubbs, A. Kentikelenis [2020]: *Taxing the People, Not Trade: the International Monetary Fund and the Structure of Taxation in Developing Countries*. <https://link.springer.com/article/10.1007/s12116-020-09307-4>
- 62 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.4.2.
- 63 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 3.4.2.
- 64 International Monetary Fund [2021]: *Fiscal Monitor: A Fair Shot. Online Annex 2.1. Inequality, Social Mobility, and Educational Outcomes*. <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/fiscal-monitor/2021/April/English/onlineannex21.aspx>
- 65 World Bank [2016]: *Shared Prosperity Report 2016: Taking on Inequality* <https://www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity-2016>
- 66 Oxfam [2022]: Survival of the richest methodology note, Punkt 1.10.
- 67 US Federal Reserve [2022]: *DFA. Distributional Financial Accounts. Distribution of Household Wealth in the U.S. since 1989*
- 68 Actionaid [2018]: *fShort-changed: How*

- the IMF's tax policies are failing women. https://actionaid.org/sites/default/files/short-changed_final.pdf
- 69 International Monetary Fund (2022): Gendered Taxes. The Interaction of Tax Policy with Gender Equality. <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2022/02/04/Gendered-Taxes-The-Interaction-of-Tax-Policy-with-Gender-Equality-512231>
- 70 Oxfam (2020): *Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery*. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/confronting-carbon-inequality-putting-climate-justice-at-the-heart-of-the-covid-621052/>
- 71 Oxfam (2022): Carbon Billionaires. The investment emissions of the world's richest people. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/carbon-billionaires-the-investment-emissions-of-the-worlds-richest-people-621446/>
- 72 P. Diamond, E. Saez (2011): The Case for a Progressive Tax: From Basic Research to Policy Recommendations. <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/jep.25.4.165>; U4 Anti-Corruption Resource Centre (2017): Correlation between corruption and inequality. <https://www.u4.no/publications/correlation-between-corruption-and-inequality>
- 73 Stefan Gosepath, Martyna Berenika Linartas (2022): Deutschland auf dem Weg zur Erbesgesellschaft. <https://www.fes.de/index.php?elD=dump-FileSt=f&f=80308&token=6eee46b-84f2550df7ea502b0fcaee9449b82d7d0>
- 74 Financial Times (2022): Tax the rich more to help victims of energy crisis, says ECB. <https://www.ft.com/content/5e1f616e-8cc4-4678-9bc7-3a6616742b07>
- 75 Oxfam (2022): Survival of the richest methodology note, Punkt 3.22.
- 76 Stefan Bach (2021): Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern. https://www.diw.de/de/diw_01.c.831678.de/publikationen/wochenberichte/2021_50_1/grunderbe_und_vermoegensteuern_koennen_die_vermoegenungleichheit_verringern.html
- 77 Hans Böckler Stiftung (2022): Tariflöhne steigen 2022 durchschnittlich um 2,7 Prozent – hohe Inflation führt zu Reallohnverlust von 4,7 Prozent. <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-tarifloehne-steigen-2022-durchschnittlich-um-2-7-prozent-45523.htm>
- 78 WDR (2022): Nichts mehr übrig zum Sparen? Was Politik und Haushalte tun können. <https://www1.wdr.de/nachrichten/sparen-deutsche-sparkassenpraesident-inflation-100.html>
- 79 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2022): Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022. <https://www.der-paritaetische.de/themen/sozial-und-europapolitik/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022/>
- 80 Tagesschau (2022): Viel mehr Menschen nutzen Tafeln. <https://www.tagesschau.de/inland/mehr-menschen-nutzen-tafeln-101.html>
- 81 Carsten Schröder, Charlotte Bartels, Konstantin Göbler, Markus M. Grabka, Johannes König (2020): MillionärInnen unter dem Mikroskop. https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html
- 82 Stefan Bach, Markus M. Grabka, Marc C. Adam (2021): Ungleichheit in Deutschland – Politikmaßnahmen zur Trendumkehr.
- 83 Spiegel Online: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/marcel-fratzscher-die-soziale-schere-geht-weiter-auf-noch-staerker-als-in-der-pandemie-a-8210550a-5655-43b8-91c9-b75eca81c3ee>
- 84 Stefan Bach (2021): Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern.
- 85 FAZ (2022): In Deutschland leben jetzt 1,6 Millionen Millionäre. <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/zahl-der-millionaere-in-deutschland-ist-deutlich-gestiegen-18100060.html>
- 86 Oxfam-Berechnungen auf Basis der Forbes-Milliardär*innen-Listen und des Global Wealth Databook 2022 von Credit Suisse.
- 87 Statista (2023): 809.000 Deutsche müssen nicht arbeiten. https://de.statista.com/infografik/19202/anzahl-der-privatiers-in-deutschland/?utm_source=Statista+Newsletters&utm_campaign=5cde9aef3d-All_InfographTicker_daily_DE_PM_KW1_2023_Fr&utm_medium=email&utm_term=0_662f7ed75e-5cde9aef3d-314682241
- 88 Spiegel (2023): Dax-Konzerne zahlen Rekord-Dividenden von fast 55 Milliarden Euro. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/dax-konzerne-zahlen-rekord-dividenden-von-fast-55-milliarden-euro-a-41a71750-cc41-420e-8a46-1c6f0dd627e6>
- 89 Zeit (2022): Wir brauchen eine andere Erbschaftssteuer. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-12/erbschaftsteuer-reform-debatte-erbe-vermoegen/komplettansicht>
- 90 Finanzwende e.V. (2022): 5.100.000.000 Euro für mehr Steuergerechtigkeit. <https://www.finanzwende.de/kampagnen/steuerprivilegien-kippen/aktionen-zur-kampagne/5100000000-euro-fuer-mehr-steuergerechtigkeit/>
- 91 Bertelsmann Stiftung (2022): Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland. https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BST/Publikationen/GrauePublikationen/DZ_Studie_Gerechtigkeitsempfinden_2022.pdf
- 92 World Bank (2022): *Poverty and Shared Prosperity 2022*. <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/37739/9781464818936.pdf>
- 93 Ausführliche Erläuterungen zur Notwendigkeit verschiedener, sich ergänzender Steuerarten und der jeweiligen Rolle bestimmter Steuern finden sich im englischen Originalbericht. Oxfam (2022): *Survival of the richest*.
- 94 Zur Begründung und Herleitung der Forderungsebene 3 „Eine gerechte Wirtschaft schaffen“ siehe Oxfam Deutschland (2022): *Gewaltige Ungleichheit*. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_gewaltige_ungleichheit.pdf
- 95 <https://www.unwomen.org/en/news-stories/speech/2022/12/speech-tackling-challenges-head-on>, eigene Übersetzung
- 96 Netzwerk Steuergerechtigkeit (2022): *Neue Studie zu Übergewinnsteuer schätzt mögliche Mehreinnahmen für Deutschland auf 30-100 Milliarden Euro*. <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/infothek/neue-studie-zu-uebergewinnsteuer-schaetzt-moegliche-mehreinnahmen-fuer-deutschland-auf-30-100-milliarden-euro/>

IMPRESSUM

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 21 Oxfam-Organisationen gemeinsam mit rund 3.000 Partner*innen in mehr als 90 Ländern.

Herausgeber: Oxfam Deutschland e. V., Januar 2023

V.i.S.d.P.: Birte Kötter, Oxfam Deutschland e. V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel.: +49 30 4530690, E-Mail: info@oxfam.de

Leitende Autoren: Manuel Schmitt und Tobias Hauschild
Redaktion: Nikolai Link, Lukas Warning, Mara Brückner, Julia Jahnz, Pia Schwertner, Charlotte Becker
Konzeption und Umsetzung: Mara Brückner
Gestaltung: Ole Kaleschke | olekaleschke.de

Deutsche Zusammenfassung und Ergänzung des Kampagnenreports *Survival of the Richest*.
Vollständiger Text unter www.oxfam.de/Umsteuern



OXFAM
Deutschland

OXFAM SETZT SICH FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT EIN

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT DURCH IHRE SPENDE

Oxfam Deutschland e.V.
Spendenkonto:
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00
BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00
Stichwort: KAMPAGNEN



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.